

Weckrufe an schläfrige Gewissen

Was ist gute Politik? An der Wahrheitsfrage kommen Parlamentarier nicht vorbei – Ein Berliner Symposion beleuchtet die politischen Reden Benedikts XVI. **VON REGINA EINIG**



Gemeinsam gegen die Privatisierung des Glaubens: Erzbischof Georg Gänswein, Johannes Singhammer (li.) und Volker Kauder waren sich einig. Foto: Joseph Ratzinger Papst Benedikt XVI.-Stiftung

Berlin (DT) Hilft der christliche Glaube Politikern, heute vernünftige Entscheidungen zu treffen? Vier Jahre sind vergangen, seitdem Papst Benedikt im September 2011 vor dem Deutschen Bundestag ausführte, wie die Vernunft wieder ihre Größe finden kann, ohne ins Irrationale abzugleiten. Die Reaktionen auf die Ankunft hunderttausender Flüchtlinge sowie die gesellschaftspolitischen Debatten um eine gesetzliche Regelung der Suizidhilfe und die Homo-„Ehe“ bestätigen, wie zeitlos aktuell die von Benedikt XVI. angesprochene Frage bleibt. Um Grenzerfahrungen mit der säkularen positivistischen Rationalität vernünftig bewältigen und Gut und Böse unterscheiden zu können, kommen Politiker an den Grundfragen des Menschseins nicht vorbei. Auch ihr Bestreben, für die multikulturelle Gesellschaft eine „Leitkultur“ aus unaufgebbaren abendländischen Werten und Gesetzen zu definieren, legt eine Relecture der politischen Ansprachen des emeritierten Pontifex nahe. Beim zweitägigen Berliner Symposion „Hoffnung und Auftrag“ der Joseph Ratzinger/Papst Benedikt XVI.-Stiftung Ende November bezeichnete Johannes Singhammer (CSU), Vizepräsident des Deutschen Bundestags, die Bundestagsrede Benedikts XVI. als „einen immerwährenden Spiegel für verantwortungsbewusste Parlamentarier“.

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, veranschaulichte die Gefahren des Rechtspositivismus, indem er auf jene gesellschaftlichen Gruppen verwies, die mit der Scharia als Rechtsordnung liebäugeln. Dass Spannungen zwischen Kulturen und Religionen durch totale Säkularisierung gelöst werden könnten schloss Kauder allerdings aus und widersprach Bestrebungen, Religion als Privatsache zu betrachten. Erfolgsaussichten beschleunigte er allein wahrer Religionsfreiheit, denn „zu glauben oder nicht zu glauben ist für den Menschen existenzieller als jedes andere Grundrecht“.

Papstsekretär Erzbischof Georg Gänswein stimmte zu: Eine „Privatisierung des christlichen Glaubens“ könne die Kirche nicht akzeptieren. Sie rufe vielmehr zu einer Evangelisierung der Kultur von innen auf – selbst angesichts der wachsenden Marginalisierung des christlichen Glaubens in der säkularisierten Gesellschaft. „Es ist die Stunde der katholischen Laien“, unterstrich der Privatsekretär des emeritierten Papstes und machte plausibel, dass weniger christlicher Glaube im öffentlichen Raum keinen Gewinn für die Gesellschaft oder

den Einzelnen bedeutete. Im Gegenteil: Seiner Beobachtung zufolge werden gegenwärtig sowohl „das Verständnis der Menschenrechte als auch die Idee der Rechtsstaatlichkeit neu interpretiert und als Waffen verwendet, um einen Relativismus zu begründen und Lebensweisen zu verbreiten, die christlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit in der Gesellschaft teilweise diametral entgegengesetzt sind“. Benedikt XVI. habe demgegenüber deutlich gemacht, dass die Kirche keine Form politi-

scher Macht über den Staat oder die Gesellschaft beanspruche, sondern ihre Soziallehre als einen Dienst der Vermittlung anbiete. Dieser Dienst „weitet den neuzeitlich verengten Vernunftbegriff und ermöglicht so erst gute Politik“. Die kirchliche Lehre und der Glaube, so der Erzbischof, bewahren die Vernunft vor ideologischen Verirrungen. Andererseits bewahre die kritische Vernunft den Glauben vor Fundamentalismus. Für den Theologen Ratzinger komme die Wahrheit vor der Ethik.

Und was bedeutet vernünftige Politik im Sinne Benedikts XVI.? Erzbischof Gänswein lenkte die Aufmerksamkeit auf den Vorrang der menschlichen Person und verwies auf die Notwendigkeit, den Einzelnen gegen eine alles und alle vereinnahmende Technologisierung zu verteidigen. Unverzichtbarer Bezugspunkt einer solchen Politik sei das Naturrecht. Der Papstsekretär erinnerte daran, dass Benedikt XVI. stets hervorgehoben habe, dass die katholische Tradition das Recht auf die Vernunft in der Form des Naturrechts gründe, nicht auf die Offenbarung. Natur und Vernunft bildeten nach christlichem Verständnis die wahren Rechtsquellen.

Die Rechtshistorikerin Nadja El Beheiri bewertete die Bundestagsrede Benedikts XVI. als Ergebnis „jahrzehntelangen Bemühens, einen Maßstab für die Ausübung von Macht zu finden, der über ein bloßes Balancieren von Interessen hinausgeht“. Einen Naturrechtsbegriff zu finden, der imstande sei, die Weisungen der Schöpfung zu erfassen, stellt ihrer Auffassung nach den eigentlichen Gegenstand von Joseph Ratzingers Ringen dar. Die Qualität eines solchen Naturrechts sah Frau El Beheiri darin, dass es sich auch Nichtchristen erschließe. Ausschlaggebend für die Erkenntnis des Rechts sei eine offene, um stete Reinigung bemühte Vernunft, die den Menschen die Sprache der Natur erschließt. Frau El Beheiri zog die Linien von den Erfahrungen der Römer bis zur Gegenwart aus. Das Problem

unterschiedlicher Positionen habe man im Römischen Reich nicht mit verfestigten Normen zu lösen versucht, sondern mit qualifizierten Juristen. In diesem Sinne ginge die Stoßrichtung eines christlichen Naturrechts nicht in Richtung der normativen Verfestigung christlichen Gedankengutes, sondern liege in der „Verchristlichung“ der Juristen. Ihr Fazit: „Der natürlichen Vernunft wird das Angebot der Stärkung durch den Glauben und das Wirken der Gnade gemacht.“

Dass die Wirksamkeit der natürlichen Vernunft nicht von der sittlichen Frage zu trennen ist, unterstrich der Philosoph Martin Rhonheimer. Er führte aus, dass die natürliche Vernunft Gut und Böse unterscheiden könne und Teilhabe am göttlichen Intellekt selbst darstelle, sofern sie nicht durch Laster beeinträchtigt oder zerstört worden sei. „Nur im Falle des Tugendhaften ist die Stimme der Vernunft untrüglich“, lautete seine These. Die eigentliche Provokation in der Bundestagsrede des emeritierten Papstes sah Rhonheimer in der Absage an den Relativismus. Benedikt XVI. habe die Auffassung vertreten, dass es „wahre“ und „richtige“ moralische Maßstäbe für das Recht tatsächlich gebe und dies nicht nur Meinungssache, eine Frage der Mehrheit oder der technischen Zweckmäßigkeit sei. Auch der heutigen Demokratie mute Benedikt zu, die Frage nach der Wahrheit des Rechts und nach seiner Übereinstimmung mit objektiven Kriterien der Sittlichkeit zu stellen. Die Kritik des Papstes richtete sich aus Rhonheimers Sicht nicht gegen die parlamentarische Demokratie, sondern gegen eine „die Quellen von Natur und Vernunft blockierende Hintergrundkultur, in die die heutige Demokratie eingebettet ist“. In der Bundestagsrede sah der Philosoph einen Aufruf an die Parlamentarier, sich der Frage nach dem richtigen Recht zu stellen und damit ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl gerecht zu werden.

Allerdings dürfen Politiker es dabei nicht mit einer akademischen Auseinandersetzung bewenden lassen. Der Philosoph Berthold Wald erinnerte an die Grenzen des weltlich verstandenen positivistischen Vernunftbegriffs. Diesem fehle der Bezug auf die Grundfragen des Menschseins und in dieser Hinsicht jegliche Evidenz. Durch Übersetzung in die Sprache religiöser Kulturen ist Wald zufolge diesem elementaren Mangel nicht beizukommen. Joseph Ratzinger plädierte hier für eine Korrektur in dem Sinne, dass sich der christliche Glaube und die säkulare Vernunft füreinander öffneten. Mit Blick auf die Regensburger Rede unterstrich Wald, dass

Bedrohungsszenarien zu entfalten. Beides dient dann als Hintergrund für eine positive Botschaft.

Einen originellen Blick auf die Regensburger Rede Benedikts XVI. warf die Islamwissenschaftlerin Rocío Daga-Portillo. Den Mut des Papstes, die Gewalt beim Namen zu nennen, verglich sie mit dem Mut, der im Fiat der Muttergottes zum Ausdruck gekommen sei.

Courage dürfte es auch erfordern, Formen subtiler Gewalt künftig nicht zu verschweigen. Welche Manipulationsmöglichkeiten der Gendertheorie innewohnen, beschrieb anschaulich die Philosophin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz. Sie faltete das Papstwort von der „Ökologie des Menschen“ mit Bezug auf die Gendertheorie aus und warnte vor einer „Gegennormierung“: Homosexualität, möglicherweise sogar inzestuöse Verbindungen würden als politisches Mittel vorgeschlagen, um als Ziel den Staat und die Gesetzgebung zu zwingen, bisherige Normen abzuschaffen. Mut erfordere es demgegenüber, die Differenz der Geschlechter auszuhalten, so Gerl-Falkovitz und zeigte die Alternative zur Beliebigkeit im Spiel der Geschlechter auf: „Vielleicht ist nur die Liebe im Sinn von Tollkühnheit fähig, sich überhaupt einzulassen auf das schlechthin Andere und sich nicht nur selbst zurückzuspiegeln.“ Unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Freiheit das Bewusstsein dafür zu ersticken, dass der Mensch seine Natur nicht beliebig manipulieren kann. Aktuell bleibt die Maxime, die Benedikt XVI. den Parlamentariern im Berliner Reichstag empfahl: Der menschliche Wille sei dann recht, wenn er auf die Natur hört und sich annehme als der, der er sei. Auch im Zeitalter schier unerschöpflicher gentechnischer Experimente liegt in dem Satz des Papstes „Der Mensch macht sich nicht selbst“ ein Ansatz für eine vernünftige politische Gewissensbildung.

„Natur und Vernunft bilden die wahren Rechtsquellen“

Alles aus einer Hand.

Augsburg
0821 3460-0
Bamberg
0951 98178-0
Dresden
0351 49275-0
Eichstätt
08421 9750-0
Freiburg
0761 13798-0
München
089 54889-0
Nürnberg
0911 20544-0
Passau
0851 93137-0
Regensburg
0941 4095-0
Speyer
06232 1327-0
Stuttgart
0711 248915-0
Würzburg
0931 3516-0

LIGA Baufinanzierung

Sie wollen bauen, eine Immobilie kaufen oder modernisieren? Wir haben die richtige Finanzierungslösung!

LIGA Baufinanzierung – das bedeutet für Sie:

- Umfassendes, individuelles Finanzierungskonzept
- Beratung zur Riesterförderung
- Einbeziehung zinsgünstiger staatlicher Kredite und Zuschüsse

Sprechen Sie mit Ihrem Berater.

LIGA Bank eG • www.ligabank.de

LIGA BANK
Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -